

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 27. Oktober 2016, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Matthias Wiedmer Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer (bis und mit Geschäft Nr. 2), Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz (bis und mit Geschäft Nr. 3), Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Renate Schneider
Entschuldigt	Stadträtinnen Nicole Krenger und Darshikka Krishnanantham
Schluss der Sitzung	18:30 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

Er teilt mit, dass mit Bestürzung vom Ableben von Pädu Anliker Kenntnis genommen werden musste. Pädu Anliker hat, obwohl er als Betreiber des Kulturlokals Café-Bar Mokka die Behörden teilweise provoziert hat, Thun geliebt. Thun hat eine sehr markante Persönlichkeit verloren, die das kulturelle Leben in der Stadt geprägt hat. Aus dem ehemaligen Jugendhaus hat er einen renommierten Club geschaffen, der weit über die Grenzen von Thun hinaus bekannt war. Am 1. November 2016 wäre Pädu Anliker für sein unermüdliches Engagement mit dem Thunpreis geehrt worden. Leider kann er diese Auszeichnung nicht mehr persönlich entgegennehmen. Im Namen der Stadt und des Stadtrates spricht Herr Wiedmer den Angehörigen das Beileid aus und bittet den Rat, zu Ehren des Verstorbenen kurz aufzustehen.

61. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 22. September 2016

Der Stadtratspräsident weist auf die Änderung auf Seite 193 hin, welche auf den ausgeteilten Exemplaren grün markiert ist.

Das Protokoll mit Änderung wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

62. Reglement über eine nachhaltige städtische Mobilität (Mobilitätsreglement)

Umsetzung der Thuner Städte-Initiative. Genehmigung des Reglements

Bericht des Gemeinderates Nr. 21/2016

Der Stadtratspräsident weist auf die Änderungsanträge der SAKOs P+F und StE hin. Der Gemeinderat ist mit den Änderungsanträgen einverstanden. Nach der Eintretensdebatte können in der Detailberatung allfällige weitere Anträge zu einzelnen Artikeln gestellt werden, anschliessend findet die Schlussabstimmung statt.

a) Eintretensdebatte

Der Stadtpräsident erläutert die Ausgangslage. Der Gemeinderat empfahl dem Stadtrat im Dezember 2014, die Städte-Initiative abzulehnen, obwohl er im Grundsatz mit der Initiative einverstanden war. Der Gemeinderat hatte Bedenken, dass die Initiative einerseits den verkehrspolitischen Handlungsspielraum der Stadt einenge und andererseits die Umsetzung innert der vorgegebenen Fristen kaum realisierbar sei. Schon damals wies der Gemeinderat auf die unterschiedlichen Vorstellungen der Akteure zur Verkehrspolitik hin. Der Stadtrat hat die Städte-Initiative nach kontroverser Diskussion dennoch angenommen und den Gemeinderat mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Reglementes beauftragt. Der Gemeinderat strebt eine pragmatische Umsetzung der Städte-Initiative an. Dies wurde auch so in die Legislaturziele 2015-2018 aufgenommen. Dem Gemeinderat ist es auch im Hinblick auf die Ortsplanungsrevision wichtig, dass es in der Thuner Verkehrspolitik nicht ein jahrelanges Hin und Her gibt. Er macht auf den Einbezug vieler verkehrspolitischer Akteure bei der Ausarbeitung des Reglementes aufmerksam. Der gemeinderätliche Entwurf, mit welchem sich alle Akteure im Grundsatz einverstanden erklären konnten, hat verschiedene Anliegen aus dem Konsultationsverfahren aufgenommen. Er erinnert an die in der Initiative verlangte Erhöhung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs um mindestens 10 Prozent innerhalb 10 Jahren nach Annahme der Initiative. Diese Prozent-Regelung hätte den Handlungsspielraum der Stadt zu stark eingeschränkt und konnte in Absprache mit dem Initiativkomitee aus dem Reglementsentwurf gestrichen werden. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Kompromisslösung stellte eine gute, mehrheitsfähige Grundlage dar. Eine Gruppe aus dem Stadtrat hat auf der Basis des Reglementsentwurfs eine Konsenslösung vorgeschlagen. Es ist durchaus im Sinne des Gemeinderates, dass sich die verschiedenen Parteien gefunden haben. Die Differenzen zwischen dem gemeinderätlichen Entwurf und dem Gegenvorschlag sind nicht materieller Natur. Der Gemeinderat bedankt sich bei allen Beteiligten für das Engagement und beantragt, dem Vorschlag mit den Änderungsanträgen zuzustimmen.

Peter Aegerter, **SAKO StE**, orientiert, dass Stadträtin Andrea de Meuron, Stadtrat Lukas Lanzrein und er sich bereits vor einigen Wochen partei- und fraktionsübergreifend intensiv mit dem Reglementsentswurf befasst haben, um eine tragfähige Konsenslösung zu finden. Die wirklich wesentlichen Standpunkte der verschiedenen Ansichten wurden berücksichtigt. Einen halben Tag vor den entscheidenden SAKO-Sitzungen konnte den SAKO-Mitgliedern eine einvernehmliche Lösung vorgelegt werden. An der SAKO-Sitzung wurde eigentlich nicht über das Reglement an sich, sondern über die Änderungsanträge diskutiert. Der Stadtpräsident signalisierte eingangs der SAKO-Sitzung, dass der Gemeinderat mit den Anträgen eventuell einverstanden sein könnte. Die grösste Diskussion ergab sich bei Artikel 12, da hinterfragt wurde, ob dem Grundanliegen der Initianten mit der vorgeschlagenen Formulierung tatsächlich entsprochen wird. Jedoch hatten die Initianten dem Entwurf bereits zugestimmt. In der Neuformulierung der SAKO StE sind die unter Artikel 12 beanstandeten Punkte eliminiert worden. An der SAKO-Sitzung wurde ein Paket von Änderungsanträgen definiert. Die SAKO hat diesen Änderungen bei zwei Abwesenheiten einstimmig zugestimmt. Die beiden abwesenden Mitglieder haben im Nachhinein ebenfalls ihre Zustimmung bestätigt. Nach Ansicht der SAKO StE hätte das Geschäft nur in ihrer SAKO besprochen werden sollen. Die SAKO StE empfiehlt, die Anträge zu genehmigen.

Thomas Hiltbold, **SAKO P+F**, erachtet es als sinnvoll, dass sich zwei SAKOs mit dem Thema beschäftigt haben. Schliesslich waren unterschiedliche Haltungen vorhanden, welche in einer Kompromisslösung geregelt werden konnten. Vor allem ausserhalb des Parlamentes wurde sehr kontrovers diskutiert. Die SAKO P+F war von gewissen Vorschlägen des Gemeinderates mehr überzeugt als von den Gegenvorschlägen. Die SAKO P+F unterstützt die Änderungsvorschläge einstimmig.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Bearbeitung, obwohl gewisse Anliegen der Bürgerlichen sowie der Wirtschaftsseite erst nach der Vernehmlassung einbezogen worden sind. Er unterstreicht, dass das Reglement nur als Gesamtpaket funktioniert. Es wäre fatal, an gewissen Stellen des Reglementes zu schrauben. Sollte es heute gelingen, die Vorlage gemäss den Änderungsanträgen der SAKO StE zu genehmigen, wäre die Gefahr eines Referendums gering. Die Fraktion stimmt dem Geschäft mit den Änderungsanträgen einstimmig zu.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die gute, ausgewogene Lösung in diesem nicht einfachen Umfeld. Es ist dem Gemeinderat gelungen, mit den verschiedenen Partnern ein Reglement zu entwickeln. Zwar erscheint das Reglement etwas zahnlos, jedoch ist dies nach Vernehmlassungen und mehrfachen Konsensfindungen meistens der Fall. Die Fraktion der Mitte hat festgestellt, dass die Umsetzung einzelner Punkte herausfordernd sein wird. Nach Ansicht der Fraktion haben einige Fraktionspräsidenten etwas viel Aufsehen wegen Feinjustierungen gemacht. Die Fraktion sieht eher sprachliche Differenzen zwischen dem Vorschlag des Gemeinderates und den Änderungsanträgen der zuständigen SAKOs. Die Fraktion stimmt dem Reglement mit den Änderungsanträgen zu.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, erläutert in einem Rückblick die Geschichte und das Ziel der Städte-Initiative. Das Ziel der Initiative ist eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik und eine Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs. Sie unterstreicht, dass es keineswegs um die Einschränkung der Mobilität geht, sondern um die Förderung ressourcenschonender Verkehrsmittel. Dazu braucht es eine Verlagerungspolitik. Die bestehenden Massnahmen, welche noch erweitert werden dürfen, sind im Agglomerations-Programm aufgeführt. Sie weist darauf hin, dass in Thun in der Vergangenheit Parkhäuser einfacher realisiert werden konnten als Veloabstellplätze. Jedoch kam seit der Annahme der Initiative im Dezember 2014 Bewegung in die Sache. Sie bedankt sich namens der Fraktion Grüne bei allen Akteuren, vor allem beim Komitee. Ohne das Komitee hätte es keine Initiative gegeben und es würde auch keine Kompromisslösung vorliegen. Das Entgegenkommen des Komitees bei der Reglementserarbeitung wurde ihrer Wahrnehmung nach etwas ignoriert. Manchmal war ihr nicht klar, ob die Gegner einfach aus ideologischen Gründen gegen die Städte-Initiative waren oder ob auch inhaltliche Gründe vorlagen. Die diametralen Ansichten der Akteure gehen aus dem gemeinderätlichen Entwurf hervor. Der Spagat, der gemacht werden musste, zeigt sich beispielsweise darin, dass es im Reglement Absätze zu Parkplätzen gibt. Für die Fraktion Grüne fehlten einige klare Formulierungen wie die Forderung nach direkten Velowegen und konkrete Zielsetzungen. Massgebend für die Fraktion ist jedoch, dass dem Anliegen der Initiative genügend Gewicht gegeben wird. Die Ergebnisse der verschiedenen Gespräche zwischen dem Komitee und dem Wirtschaftsverband sowie die sachliche Diskussion mit den bürgerlichen

Parteien liegen nun in den Änderungsanträgen vor. Die Fraktion bedauert es sehr, dass die 10 Prozent-Forderung nicht mehr im Reglement festgelegt wird. Jedoch begrüßen sie den verkehrspolitischen Grundsatz, dass unnötiger Verkehr vermieden oder reduziert werden soll. Frau de Meuron macht darauf aufmerksam, dass es sich um eine sehr tarierte Lösung handelt. Die Fraktion Grüne gewichtet die gefundene Gesamtlösung wichtiger als auf einzelnen Details zu beharren. Das Reglement hilft dem Gemeinderat, sich für eine nachhaltige Verkehrspolitik zu engagieren. Das im Reglement vorgeschriebene Monitoring wird dazu beitragen, auf zukünftige Fortschritte in der Mobilität frühzeitig einzugehen. Die Fraktion nimmt das Reglement mit den Änderungsanträgen an.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, kann die Einigkeit über das Reglement noch nicht vollständig einordnen. Vor nicht allzu langer Zeit klang es von der gegnerischen Seite her, als ob die Initiative ein Autofahrverbot und den Ruin aller KMUs zum Ziel habe. Der vorliegende Entwurf stimmt die Fraktion nicht sehr euphorisch, aber es ist eine Grundlage. Die Fraktion freut sich über die grosse Zustimmung zum vorliegenden Reglementsentwurf, denn alle, die heute zustimmen, werden auch bei der Umsetzung unterstützend wirken. Zu Artikel 15 hält die Fraktion fest, dass das Reglement über die Förderung des Veloverkehrs nicht aufgehoben werden sollte. Es geht nicht um das Reglement an sich, sondern um den Betrag von jährlich 150'000 Franken zur Förderung des Veloverkehrs. Dieser Betrag soll nicht einfach aus dem Budget verschwinden, sondern für Massnahmen im Mobilitätsreglement eingesetzt werden. Die Fraktion stimmt dem Reglement mit den Änderungsanträgen einstimmig zu. Zur Medienarbeit hält Stadträtin Rupp fest, dass bereits vor den Fraktionssitzungen Medienmitteilungen gemacht wurden. Dieses Vorgehen ist erstaunlich und nicht ganz nachvollziehbar.

Lukas Lanzrein, **SVP-/FDP-Fraktion**, stimmt dem vorliegenden Kompromiss zu. Die Fraktion macht keine Luftsprünge, anerkennt jedoch, dass die Anliegen der Initianten, der Bevölkerung und der KMUs berücksichtigt werden. Zum Konsultations- und Vernehmlassungsverfahren hält er fest, dass die Fraktion immer gesagt hat, dass sie umweltverträgliche, nachhaltige Mobilität unterstützt, aber keine Massnahmen, welche den Automobilverkehr diskriminieren. Den Bedürfnissen der Fraktion wird im Reglement Rechnung getragen. Es gibt auch Bestimmungen für genügend Parkplatzangebote. Das Ziel, den öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Veloverkehr zu fördern, wird erreicht. Er spricht die kritisierte Medienarbeit an. Die öffentliche Diskussion sorgte eben gerade dafür, dass Überzeugungsarbeit geleistet werden konnte und alle Akteure einbezogen wurden. Um eine breite Zustimmung zu erreichen, war dies notwendig und zwingend. Das Projekt ist nach dem ersten Entwurf des Gemeinderates gereift, auch wenn Stadtrat Baumann die Vorlage des Gemeinderates bereits als gut befand. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

b) Detailberatung

Keine weiteren Anträge zu einzelnen Artikeln.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 21. September 2016, beschliesst:

1. Genehmigung des Reglements, gemäss veränderter Vorlage, über eine nachhaltige städtische Mobilität (Mobilitätsreglement).
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

63. Leistungsvertrag Stadt Thun und Thunerseespiele AG für die Jahre 2017 bis 2019

Zustimmung zum Leistungsvertrag Thunerseespiele 2017 bis 2019 und Genehmigung einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe von CHF 150'000 inkl. MWST (Barbeitrag und Dienstleistungen) für die Jahre 2017 bis 2019

Bericht des Gemeinderates Nr. 22/2016

Der Stadtpräsident hält fest, dass die Thunerseespiele zu den wichtigsten kulturellen Veranstaltungen in Thun zählen. Die Musicals bringen die Stadt am Wasser einem breiten Publikum näher. Die Besuchenden der Thunerseespiele sind eine interessante Kundschaft sowohl für die Thuner Gastronomie wie auch für die Hotellerie. Die Personen der Thunerseespiele AG sind sehr engagiert. Das künstlerische Niveau der Seespiele ist hoch. Wirtschaftlich steht die AG jedoch immer wieder vor Herausforderungen. Der Gemeinderat beantragt, den Leistungsvertrag 2017 bis 2019 und die Unterstützung von jährlich 150'000 Franken zu genehmigen.

Gemäss Thomas Hiltbold, **SAKO P+F**, sind alle Mitglieder der SAKO von den Thunerseespielen begeistert. Die Seespiele haben sich entwickelt und haben Thun stark geprägt. In Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es keinen Grund, das finanzielle Engagement der Stadt abzulehnen. Die Existenz der Seespiele sollte keinesfalls gefährdet werden. Die SAKO unterstützt den Antrag einstimmig.

Daniela Weber, **SVP-/FDP-Fraktion**, betont, dass die Seespiele nicht nur in Thun, sondern auch gesamtschweizerisch einen hohen kulturellen und touristischen Wert geniessen. Die künstlerischen Aufführungen und der grandiose Ausblick machen es zu einem einzigartigen Erlebnis auf der schönsten Seebühne Europas. Viele Faktoren können über den Erfolg oder Misserfolg der Musicals entscheiden, so auch schlechte Wetterbedingungen. Die Fraktion nimmt die Seespiele als sinnvolle kulturelle Aufgabe wahr und stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, würdigt das Engagement der Thunerseespiele für die Stadt. Das Angebot stösst mittlerweile auf grosse Akzeptanz. Bedauerlich sind die rückläufigen Besucherzahlen. Trotzdem sollen die Seespiele aus Sicht der Fraktion weiterhin unterstützt werden. Der beantragte Beitrag von 150'000 Franken erscheint angemessen. Die Fraktion stimmt dem Vertrag und dem Kredit zu.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, macht auf den Wertschöpfungsbeitrag der Thunerseespiele aufmerksam. Widrigkeiten wie schlechtes Sommerwetter oder Einsparungen halten die Verantwortlichen nicht davon ab, sich stark zu engagieren. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, hat das Geschäft intensiv diskutiert. Die Fraktion stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu. Die Wirkung der Thunerseespiele geht weit über die Grenzen von Thun hinaus, was von der Fraktion gewürdigt wird. Mit dem bescheidenen Beitrag von jährlich 150'000 Franken kann das Überleben der Seespiele gesichert werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, schliesst sich dem Votum der SAKO P+F an und stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 21. September 2016, beschliesst:

1. Zustimmung zum Leistungsvertrag Thunerseespiele für die Jahre 2017 bis 2019.
2. Genehmigung einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe von CHF 150'000 inkl. MWST (Barbeitrag CHF 90'000 und Dienstleistungen CHF 60'000) zu Lasten der Erfolgsrechnung für die Jahre 2017 bis 2019.
3. Die entsprechenden Beträge sind in die jährlichen Voranschläge der Jahre 2017 bis 2019 bei der Produktgruppe Öffentliche Sicherheit (Anlässe) aufzunehmen.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

64. Schloss Schadau

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 339'500 für die Planungs- und Projektierungskosten der Sanierungs- und Restaurationsarbeiten sowie der Neupositionierung

Bericht des Gemeinderates Nr. 18/2016

Martin Allemann, **SAKO P+F**, weist darauf hin, dass sich die SAKO P+F durchgesetzt hat, zum vorliegenden Geschäft auch Stellung nehmen zu können. Bei der Besichtigung zusammen mit der SAKO B+L konnten sich die Mitglieder überzeugen, dass eine Sanierung nötig ist. Glücklicherweise wurden in der Vergangenheit keine baulichen Änderungen in den Innenräumen vorgenommen. So kann dem Schloss ein Innenleben gegeben werden, das dem Originalstand entspricht. Die SAKO P+F ist sich bewusst, dass eine umfassende Sanierung des historischen Gebäudes hohe Kosten verursachen wird. Es wäre jedoch sinnlos, nur einzelne Räume oder nur die Lüftung zu sanieren. Die Zustimmung zum beantragten Verpflichtungskredit war in der SAKO-Sitzung unbestritten. Zu diskutieren gab anschliessend die spätere Nutzung des Schlosses, einschliesslich der Themen Gastronomie und Architektur. Der Stadtpräsident hat versichert, diese Anregungen bei einem späteren Detailprojekt aufzunehmen. Die SAKO P+F ist der Ansicht, dass dem Verpflichtungskredit zugestimmt werden kann.

Philipp Deriaz, **SAKO B+L**, hält fest, dass die Idee der Übernachtungsmöglichkeiten im Schloss Schadau kontrovers diskutiert worden ist. Unter anderem könnte es eine Konkurrenzsituation zum Kongresshotel Seepark schaffen. Das zukünftige Angebot sollte besser vermarktet werden. Dass der Kostenrahmen für die umfassende Sanierung hoch ist, kann nachvollzogen werden. Aus Sicht der Fraktion kann der Planungskredit wie beantragt gesprochen werden. Vorschläge und Ideen werden beim Ausführungskredit seriös abgeklärt. Wer grosse Bedenken hat, sollte diese jetzt anmelden. Die SAKO B+L ist einstimmig mit dem Verpflichtungskredit einverstanden.

Daniel Schenk, **SVP-/FDP-Fraktion**, fügt an, dass laut BLS letztes Jahr rund 670'000 Schiffspassagiere am Schloss Schadau vorbei gefahren sind. Das wunderschöne Schloss Schadau inmitten der englischen Parkanlage ist eines der schönsten Fotosujets in Thun. Dass die Sanierung dieses einzigartigen Gebäudes, das viel Charme ausstrahlt und als touristische Attraktivität gilt, hohe Kosten verursacht, ist klar. Es ist jedoch auch eine Investition für zukünftige Generationen. Die Fraktion stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, begrüsst eine vermehrte Zugänglichkeit für die breite Bevölkerung zum Schloss Schadau, einem der bedeutendsten Gebäude im Besitz der Stadt. Ob die Stadt Hotelzimmer betreiben soll, kann hinterfragt werden. Es ist unbestritten, dass Sanierungsbedarf besteht. Für die Fraktion ist es nachvollziehbar, dass die geschätzten Kosten für das Ausführungsprojekt momentan noch ohne Beiträge Dritter ausgewiesen werden. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Lukas Rohr, **Fraktion der Mitte**, unterstützt, dass das Gebäude den Besuchenden mit allen Räumen zugänglich gemacht wird. Das Schloss Schadau mit der tollen Parkanlage, das Schloss Thun, die Obere Hauptgasse und das attraktive Angebot des Wochepanoramas sind in Thun die entscheidendsten Sehenswürdigkeiten. Das Schloss Schadau ist der Inbegriff des Hauses am See. Die Bergaussicht und die wunderbare Parkanlage sind einmalig. Werden mit dem Projektierungskredit die Nutzungen weiter abgeklärt und erhält das Gebäude einen Mehrwert, ist dies der richtige Weg für die Thuner Bevölkerung. Die Fraktion wünscht sich ein erlebbares Schloss mit Gastronomie und schönen Räumen. Dem Verpflichtungskredit stimmt sie einstimmig zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, hat ebenfalls über Sinn und Unsinn von Hotelzimmern diskutiert. Die Fraktion regt an, den zukünftigen Pächter möglichst früh in das Konzept miteinbeziehen. Das Konzept sollte zudem nicht nur auf einen Pächter ausgerichtet sein, damit im Falle eines Pächterwechsels keine Probleme auftreten. Wenn sich der Pächter zudem auch noch finanziell beteiligen würde, hätte er ein ganz anderes Interesse als wenn die Finanzierung nur durch die Stadt erfolgt. Die Fraktion stimmt dem Kredit grossmehrheitlich zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, unterstreicht die Bedeutung des Schlosses als Unique Selling Point (USP), zu dem Sorge getragen werden muss. Heute ist das Gebäude eher einer exklusiven Gesellschaft vorbehalten. Der frühe Einbezug eines zukünftigen Betreibers mit finanzieller Unterstützung erscheint wichtig. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Sabine Kaufmann (SP) sieht in der vorgeschlagenen Neupositionierung eine Konkurrenz für das Kongresshotel Seepark. Zudem gibt es in Thun bereits die Möglichkeit, in einem Schloss zu übernachten. Sie kann den Mehrwert für die Thuner Bevölkerung nicht nachvollziehen, zumal die Thunerinnen und Thuner nicht dort übernachten werden. Im Restaurationsbetrieb war sie bereits, obwohl sie sich keineswegs zu einer exklusiven Gesellschaft zählt. Bisher konnte kein Pächter gefunden werden, weshalb ihr die Unsicherheiten und die Kosten zu hoch erscheinen. Sie ist überzeugt, dass es Projekte gibt, welche der Thuner Bevölkerung einen grösseren Mehrwert bringen würden und lehnt den Antrag daher ab.

Gemeinderat Konrad Hädener bedankt sich für die positive Aufnahme des Geschäftes. Zu Recht wurde erwähnt, grundsätzliche Bedenken bereits jetzt anzumelden. Das Restaurant soll auf einem hohen Niveau weitergeführt werden, aber für individuelle Besuchende und nicht mehrheitlich für Bankette. Gestützt auf das Votum von Stadtrat Werren entgegnet Herr Hädener, dass die Stadt keine Gästezimmer betreiben, sondern nur einbauen würde. An Stadträtin Kaufmann gerichtet erklärt er, dass bisher noch kein Pächter gesucht worden ist. Erst wenn die benötigten finanziellen Mittel bewilligt sind, wird eine Ausschreibung erfolgen. Der Pächter wird zusammen mit dem Ausführungskredit vorgestellt. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die angedachte Neupositionierung wirtschaftlich sinnvoll ist und wird diese Stossrichtung weiter verfolgen. Das Potenzial der Gästezimmer wird selbstverständlich geprüft. Zur finanziellen Beteiligung des Pächters hält Herr Hädener fest, dass das Ziel ein marktkonformer Pachtzins ist. Der Gemeinderat will nicht von einem Pächter abhängig sein und lehnt daher eine finanzielle Beteiligung an der Sanierung ab. Die Stadt würde sich die Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand geben. Es handelt sich um historisch sehr sensible Baubestandteile, weshalb die Stadt unbedingt die Vorgaben machen sollte. Er hält fest, dass das Kongresshotel Seepark ein ganz anderes Segment abdeckt und daher die Gefahr einer Konkurrenzsituation vernachlässigt werden kann.

Der Rat genehmigt mit 35 : 1 Stimmen den folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 9. September 2016, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 339'500 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2240.5040.002 (Bilanzkonto Nr. 14040.01.01) für die Durchführung der Planung und der Projektierung des Sanierungsprojektes sowie der Neuausrichtung des Schlosses Schadau.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident gratuliert Simon Schweizer zur Hochzeit.

Der Stadtratspräsident macht auf die Lange Traktandenliste der November-Sitzung aufmerksam. Er bittet bei der Vorbereitung zu berücksichtigen, dass die Voten kurz gehalten werden sollten.

Eingänge

- Interpellation zum Aufbau des Low-Power-Networks (LPN) in Thun; Franz Schori vom 27. Oktober 2017

Der Stadtratspräsident

Matthias Wiedmer

Der Stadtratssekretär

Remo Berlinger